

01/10

Informationen der  
Vereinten  
Dienstleistungsgewerkschaft  
Ressort 12

aktiv\_ fortschrittlich\_ kompetent\_

# Auftakt zur Besoldungsrunde

Die ersten Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen und der Auftakt zur Besoldungsrunde Bund fand am 13. Januar 2010 in Potsdam statt.

Erwartungsgemäß gab es in der ersten Runde noch kein Ergebnis, aber immerhin ein ernsthaftes Ringen um eine Einigung. Von einer einvernehmlichen Lösung sind die Verhandlungspartner noch weit entfernt. Es war klar, dass es angesichts der Wirtschafts- und Finanzlage schwierige Verhandlungen werden. Doch ver.di will sich nicht auf die Logik der Arbeitgeber einlassen, wonach die Beschäftigten wieder verzichten müssten. Die Misere haben nicht die Beschäftigten zu verantworten und dürfen nach Ansicht von ver.di für falsche politische Entscheidungen, beispielhaft in der Steuerpolitik, auch nicht bestraft werden.

ver.di fordert für die Tarifbeschäftigten in Bund und Kommunen eine Erhöhung der Einkommen sowie weitere Verbesserungen bei den Beschäfti-

gungsbedingungen im Gesamtvolumen von 5 Prozent. Der Auftakt der Verhandlungen war zeitgleich Beginn der Besoldungsrunde.



Von links: Frank Bsirske, Vorsitzender ver.di und Dr. Thomas de Maizière, Bundesminister des Innern

Nach einer ausführlichen Grundsatzdebatte über die aktuelle Wirtschaftslage, Situation der öffentlichen Haushalte und den öffentlichen Dienst, können sich die unterschiedlichen Positionen wie folgt zusammenfassen lassen:

Erhöhung der Einkommen	Bund	Für lineare Tarifierhöhungen gibt es keinen Spielraum. Die Bundesregierung verweist auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die dadurch verbundene Entlastung der Familien und Arbeitnehmer/-innen.
	Kommunen	Priorität hat eine Erhöhung des Leistungsbudgets. Leistungsbezahlung sei als Führungsinstrument dringend erforderlich. Für eine lineare Erhöhung der Einkommen sei kein Geld vorhanden.
	ver.di	<b>Die Finanzprobleme der öffentlichen Haushalte sind auch Folge politischer Entscheidungen, wie in der Steuerpolitik, Schuldenbremse und in Rettungsschirmen für Banken. Dafür dürften die Beschäftigten nicht bestraft werden. Zugleich wird auf mögliche Steuereinnahmen verzichtet, wie zur Besteuerung von hohen Erbschaften und bei Unternehmensgewinnen. Der öffentliche Dienst leistet gute Arbeit. Eine Stärkung der Binnennachfrage ist erforderlich.</b>
Altersteilzeit	Bund	Keine Fortsetzung des bisherigen Modells der Altersteilzeit zu Lasten der Allgemeinheit.
	Kommunen	Schließen sich der Auffassung des Bundes an.
	ver.di	<b>Möglichkeiten des vorzeitigen Ruhestandes sind aufgrund Personalabbau und Arbeitsbelastung erforderlich.</b>
Übernahme von Auszubildenden	Bund	Keine Bereitschaft zur Übernahmeverpflichtung.
	Kommunen	Keine Bereitschaft zur Übernahmeverpflichtung, lediglich erweiterte Bemühungen für Übernahmemöglichkeiten.
	ver.di	<b>Nicht den Anschluss zu anderen Branchen verlieren, wo zwingende Übernahmeregelungen für junge Menschen bestehen.</b>
Bewährungsaufstieg	Bund	Bund will keine Fortsetzung der Aufstiegsregelungen. Verweis auf Verhandlungen zur Entgeltordnung.
	Kommunen	Keine Fortsetzung Bewährungsaufstieg. Bereitschaft für Prozessvereinbarung zur Entgeltordnung.
	ver.di	<b>Keinen Tarifabschluss ohne Bewährungsaufstieg.</b>

SOZIAL IST,  
WAS KAUFKRAFT STÄRKT

Für die Beamtinnen und Beamten, Richter/-innen und Soldaten des Bundes fordert ver.di eine zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifiergebnisses bei Einkommensverbesserungen. Die weiteren Forderungen, die dem Bundesinnenminister von uns übermittelt wurden, sind:



Erhöhung der Besoldung und Versorgung durch zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Tarifiergebnisse.



Anpassung der Wochenarbeitszeit an das Tarifniveau und Besetzung von freien Arbeitsplätzen.



Anschlussregelungen für Altersteilzeit.



Anerkennung von Teilzeitbeschäftigung wegen Kindererziehung und Pflege in gleichem Umfang, wie bei Vollzeitbeschäftigung bei der späteren Versorgung.



Ergänzende Urlaubstage bei allen Formen von Schichtarbeit.



Regelungen zur Personalentwicklung bzw. zur Qualifizierung, um dadurch auch berufliche Aufstiegsmöglichkeiten erweitern zu können.

### Was zurückgeben!

Die Verhandlungen sind nicht einfach. Die wirtschaftliche Lage und Haushaltslage des Bundes kritisch. Doch ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst braucht gute Leute und die Menschen beweisen gerade jetzt, wie wichtig und erfolgreich öffentliche Dienstleistungen sind. Beispielsweise bei der reibungslosen Umsetzung von Konjunkturprogrammen der Bundesregierung oder bei Sicherheitsmaßnahmen. Es ist Zeit, diese Leistungen nicht nur durch ein Wort des Dankes anzuerkennen.

Parallel zu den Tarifverhandlungen führt ver.di Gespräche zur späteren Übertragung eines Tarifiergebnisses auf Beamtinnen und Beamten in Form eines Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes sowie weiterer beamtenrechtlicher Regelungen. Unterstützt werden die Verhandlungen und Gespräche durch den Bundesbeamtensekretär Klaus Weber.

**Wie geht es weiter?**

**Die nächsten Verhandlungen sind für den 31. Januar und 1. Februar 2010 terminiert.**



**Festhalten – Wir sind gemeinsam unterwegs!**

Interview mit Klaus Weber:

## **Sind die Forderungen angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise gerechtfertigt?**

Wir verkennen nicht die schwierige Haushaltslage des Bundes und unsere Forderungen sind daher eher als moderat zu bezeichnen. Die Beschäftigten leisten jeden Tag kompetente und engagierte Arbeit. Der öffentliche Dienst ist so etwas wie ein Garant in dieser Krisenzeit geworden. Zwischen 2000 und 2009 sind die Löhne in der deutschen Wirtschaft insgesamt um fünf Prozent stärker gestiegen als im öffentlichen Dienst. Hinzu kommt, dass wir gerade jetzt dringend Impulse zur Stärkung der Nachfrage brauchen.

## **Bei der Besoldungsrunde geht es nicht nur um mehr Geld. Warum?**

Wir haben ein neues Beamtenrecht des Bundes. Es handelt sich um ein gutes, zukunftsweisendes neues Recht. Dennoch gibt es auch Bedarf an Verbesserungen. Personalentwicklung wurde zwar zur gesetzlichen Pflicht, Doch eine Konkretisierung dieser Regelungen ist erforderlich, damit Verwaltungen und Betriebe durch Fort- und Weiterbildung profitieren können und gleichfalls Beamtinnen und Beamten eine bessere berufliche Perspektive ermöglicht wird. Der berufliche Aufstieg ist für die Menschen ein wichtiges Kriterium für den beruflichen Werdegang und für die Zufriedenheit am Arbeitsplatz.

## **ver.di fordert auch die volle Anerkennung von Pflege- und Kindererziehungszeiten bei der Versorgung. Was hat es damit auf sich?**

Die Erziehung von Kindern und die Pflege von Menschen ist ein wichtiges Gut für unsere Gesellschaft. Beamtinnen und Beamte, die deshalb teils zeitbeschäftigt sind, dürfen nicht wie bisher Nachteile bei der späteren Versorgung haben.

## **Welche Beamtinnen und Beamten sind von der Besoldungsrunde betroffen?**

Die neue föderale Struktur bringt es mit sich, dass von dieser Besoldungsrunde Beamtinnen und



Klaus Weber,  
Bereichsleiter  
Beamtinnen  
und Beamte

Beamte des Bundes im öffentlichen Dienst und bei Post, Postbank und Telekom sowie Soldaten, Richter/-innen des Bundes betroffen sind. Der Bundestag kann nur für diesen Personenkreis gesetzliche Regelungen schaffen. Die nächste Runde für die Landes- und Kommunalbeamten findet in einem Jahr statt.

## **Wie setzt sich ver.di für die Interessen der Beamtinnen und Beamten ein?**

Wir sind in der Verhandlungskommission vertreten und gemeinsam mit unserem Vorsitzenden Frank Bsirske sowie unserem Vorstandsmitglied Achim Meerkamp führen wir Gespräche mit dem Bundesinnenministerium im Interesse der Beamtinnen und Beamten.

## **Welche Unterstützung erwartest Du im Gegenzug von den Beamtinnen und Beamten selbst?**

Nun es gibt ja keine Bringschuld für unser Engagement. Vielmehr müssen die Beamtinnen und Beamten selbst ein Interesse daran haben, dass wir ein erfolgreiches Ergebnis erzielen. Dazu fordere ich alle Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst und bei den Unternehmen zur Beteiligung an Aktionen auf. Es kommt auch darauf an, Mitglied bei ver.di zu sein. Nichts fliegt vom Himmel, sondern die Entscheidung fällt hier auf der Erde, und vom gewerkschaftlichen Engagement von uns allen hängen die Ergebnisse bei den Verhandlungen und Gesprächen ab.

# BÄRENSTARKE AKTION



Für drei neu  
geworbene Mitglieder  
gibt es einen  
ver.di-Power-Bär.

So geht es: Kopien der  
ausgefüllten Beitritts-  
erklärungen an:  
ver.di-Bundesverwaltung,  
Bereich Beamtinnen und  
Beamte, 10112 Berlin.  
Dann schicken wir den  
Bären zu.



## Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft



per Fax an  
030 69 56-35 52

### Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr \_\_\_\_\_

### Persönliche Daten:

Name \_\_\_\_\_

Vorname/Titel \_\_\_\_\_

Straße/Hausnr. \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Wohnort \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_

Geschlecht  weiblich  männlich

### Beschäftigungsdaten

Arbeiter/in  Angestellte/r

Beamter/in  DO-Angestellte/r

Selbstständige/r  freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit

Teilzeit \_\_\_\_\_ Anzahl Wochenstd. \_\_\_\_\_

Erwerbslos

Wehr-/Zivildienst bis \_\_\_\_\_

Azubi-Volontär/-  
Referendar/in bis \_\_\_\_\_

Schüler/-Student/in bis  
(ohne Arbeitseinkommen) \_\_\_\_\_

Praktikant/in bis \_\_\_\_\_

Altersteilzeit bis \_\_\_\_\_

Sonstiges \_\_\_\_\_

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) \_\_\_\_\_

Straße/Hausnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Personalnummer im Betrieb \_\_\_\_\_

Branche \_\_\_\_\_

ausgeübte Tätigkeit \_\_\_\_\_

ich bin Meister/-Techniker/-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: \_\_\_\_\_

von: \_\_\_\_\_ bis: \_\_\_\_\_  
Monat/Jahr Monat/Jahr

### Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschrifteneinzugsverfahren

zur Monatsmitte  zum Monatsende

monatlich  halbjährlich

vierteljährlich  jährlich

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren\*  
monatlich bei meinem Arbeitgeber  
einzuziehen. \*(nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) \_\_\_\_\_

Bankleitzahl \_\_\_\_\_ Kontonummer \_\_\_\_\_

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben) \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in \_\_\_\_\_

Tarifvertrag \_\_\_\_\_

Tariff. Lohn- oder Gehaltsgruppe  
bzw. Besoldungsgruppe \_\_\_\_\_

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe \_\_\_\_\_

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst \_\_\_\_\_

Euro \_\_\_\_\_

### Monatsbeitrag: Euro \_\_\_\_\_

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruhestandler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

**Datenschutz**  
Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden.  
Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

### Werber/in:

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Mitgliedsnummer \_\_\_\_\_